

Stephan Raabe	Leiter Auslandsbüro Polen
---------------	------------------------------



Dokumentation

Warschau, 19. November 2008

„Soziale Marktwirtschaft 2020“

Zur Notwendigkeit einer gesellschaftliche Einbettung der Marktwirtschaft

Einführungsrede zur Konferenz „Deutsche und Polnische Wirtschaftskooperation 2020 – Eine neue Form gegenseitiger Ergänzung?“ am 19. November 2008 in Warschau.

Sehr geehrter Herr Präses, sehr geehrte Herren Staatssekretäre und Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren,

im nächsten Jahr sind es schon fünf Jahre, seit Polen und Deutsche gemeinsam in der Europäischen Union Politik gestalten. Gleichzeitig blicken wir auf 20 Jahre einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in unseren Ländern zurück, auf 20 Jahre einer erfolgreichen Kooperation, nicht nur in der Wirtschaft. Das ist ein guter Moment, um einen Blick in die Zukunft zu werfen und zu fragen, was uns erwartet und wohin es gehen soll. Deshalb freut es mich sehr, dass das Institut für Marktwirtschaftsforschung IBnGR diese Konferenz zur „*Deutschen und Polnischen Wirtschaftskooperation bis 2020*“ in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung vorbereitet hat. In Bezug auf das Thema der Konferenz möchte ich mit Ihnen gerne einige Gedanken teilen, aber ich bitte um Verständnis, das ich dies auf Deutsch tun werde.

Zunächst darf ich Herrn Dr. Maciej Grabowski, den Vizepräsidenten des IBnGR herzlich zu seiner Ernennung zum Vizeminister im Finanzministerium gratulieren, die Anfang der Woche durch Premier Donald Tusk erfolgt ist. Lieber Maciej Grabowski, ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren wünsche Ihnen im Namen der Adenauer-Stiftung eine glückliche Hand und viel Erfolg bei der neuen Aufgabe.

Erlauben Sie mir bitte auch, Herrn Dr. Ingo Rollwagen von der Deutschen Bank Research in besonderer Weise zu begrüßen. Er ist extra aus Frankfurt zu dieser Konferenz angereist, um uns die Studie die Wirtschaft Deutschlands 2020 vorzustellen. Herzlich willkommen Herr Rollwagen.

Nun einige Bemerkungen zur Sache meine Damen und Herren. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir in diesen Wochen erleben zeigt deutlich, dass der Markt allein nicht genügt. Auch die Transformationsprozesse in Mitteleuropa zeigen, dass der freie Markt allein unzureichend ist für eine erfolgreiche gesellschaftliche Entwicklung. Was wir brauchen und was notwendig ist, ist eine gesellschaftliche Einbettung der Marktwirtschaft, der Transformationen und der Reformen. Denn die Marktwirtschaft, der Wettbewerb ist nicht das Ziel an sich der politischen Gestaltung. Markt und Wettbewerb sind Mittel zu einem anderen Zweck, den

Menschen möglichst gleichermaßen Chancen zum Wohlstand zu eröffnen, den Menschen ein gutes und selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen, kurz: eine Form sozialer Gerechtigkeit zu gewährleisten zum Wohle aller.

In diesem Sinne sprechen wir in Deutschland und spricht auch die Polnische Verfassung von einer „Sozialen Marktwirtschaft“. Als ich vor vier Jahren meine Arbeit für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen aufnahm, hatte ich ein Gespräch mit dem damaligen Nationalbankpräsidenten Prof. Balcerowicz. Dabei sprach ich auch von der Sozialen Marktwirtschaft als einem wichtigen ordnungspolitischen Element in unserer Arbeit. Darauf antwortete mir Herr Balcerowicz: Wir brauchen hier in Polen keine Soziale Marktwirtschaft. Was wir brauchen ist eine freie Marktwirtschaft.

Da wir heute den Buß- und Betttag haben, einen protestantischen Feiertag, verweise ich darauf, dass es gerade protestantische Christen und Wissenschaftler waren, die in und nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland das Konzept einer Sozialen Marktwirtschaft entwickelt haben und dass auch die katholische Soziallehre mit ihren Prinzipien der Personalität, der Subsidiarität, der Solidarität und des Gemeinwohls dieses Konzept unterstützt hat und weiter unterstützt.

Was meint der Begriff Soziale Marktwirtschaft? Er meint, dass der Staat – oder im internationalen Bereich die Staatengemeinschaft – der Wirtschaft, dem Markt möglichst klare Regeln setzt, gerade um den fairen Wettbewerb zu sichern, um die soziale Funktion des Wettbewerbs zu gewährleisten. Ludwig Erhard, als Wirtschaftsminister nach dem Krieg und späterer Bundeskanzler der Vater der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, hat das so formuliert: Der Staat müsse die Ordnung des Spiels und die für dieses Spiel geltenden Regeln aufstellen. Man könnte das mit der Rolle der FIFA, des Fußballweltverbandes im Bereich des Fußballs vergleichen.

Der Staat soll sich also nicht als Lenker des Wirtschaftsprozesses betätigen; er soll nicht als Spielgestalter im Spiel selbst mitwirken; er soll aber für die Ordnung und die Regeln sorgen. Der Staat soll idealer Weise unabhängig von Einzelinteressen, unabhängig von spezifischen Gruppeninteressen als Vertreter der Allgemeinheit, des „Gemeinwohls“ die Ordnung bestimmen – soweit dies überhaupt möglich ist, muss man heute in der globalisierten Welt wohl kritisch hinzufügen. Aber, so ist zu fragen, was ist die Alternative zum Anspruch, Ordnung zu schaffen?

Im Gegensatz zum Liberalismus oder dem Neoliberalismus, der in den letzten Jahren so oft beschworen wurde, wird diese Betonung des Ordnungsgedankens in Deutschland auch als „Ordo-Liberalismus“ bezeichnet. Der Markt und die Frage der Gerechtigkeit, der Markt und die Frage der gerechten Ordnung korrespondieren im Ordo-Liberalismus miteinander, stehen in einem engen Zusammenhang. Die funktionalen Grundlagen des Marktgeschehens sind angewiesen auf bestimmte, Orientierung gebende, normative Grundlagen: auf Antworten etwa auf die Frage, was im allgemeinen Interesse ist, was dem Gemeinwohl dient. Darüber muss gesellschaftlich diskutiert und politisch gestritten werden – wiederum in einem möglichst fairen demokratischen Wettbewerb. Andererseits sind auch die normativen Grundlagen, die

Antworten auf die Gerechtigkeitsfrage, angewiesen auf die funktionalen Grundlagen, das Funktionieren des Marktes, der Wirtschaft. Ohne dies lässt sich gesellschaftlicher Wohlstand im Normalfall nicht generieren. Der Sozialen Marktwirtschaft oder dem Ordo-Liberalismus geht es dementsprechend um eine Verknüpfung von ökonomischen Sachnotwendigkeiten mit allgemeinen gesellschaftlichen Prämissen und Normen.

Meine Damen und Herren, heute und morgen stehen wir vor der großen Herausforderung, der globalisierten, der postindustrialisierten, der digitalisierten Wirtschaft eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung zu geben. Die Frage der Funktionsfähigkeit von Märkten kann nach dem eben Gesagten nicht von der Frage nach einem menschwürdigen Leben, nach der Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit getrennt werden. Deshalb ist eine politische und kulturelle Ausrichtung wirtschaftlichen Denkens dringend notwendig, eben die gesellschaftliche Einbettung der Marktwirtschaft. Es gibt kein ökonomisches Patentrezept, das für alle Länder per se Gültigkeit beanspruchen könnte.

Wenn die politische Diskurse nicht mit den wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen Schritt halten, kommt es unweigerlich zu Turbulenzen, Krisen und Rückschritten. Wir erleben dies dieser Tage und wir haben dies auch im Laufe der Transformation in Mittelosteuropa erlebt. Wer den Blick voraus richtet auf das Jahr 2020 – wie wir es auf dieser Konferenz machen wollen –, der ist gut beraten, diese Zusammenhänge von Wirtschaft – Gesellschaft – Politik mit zu bedenken, sozusagen „in Rechnung zu stellen“. Deshalb haben wir im abschließenden Panel auch Politiker im Sejm vertretenen Parteien gebeten, politische Schlussfolgerungen aus der perspektivischen Diskussion zu ziehen. Wenn wir also nun über Handel, Arbeitsmärkte, Investitionen und Cluster sprechen, ist es wichtig, immer auch darüber nachzudenken, in welchem Ordnungsrahmen diese Dinge in Europa, in der Welt stattfinden, welche Rolle dabei die WTO, die EU, die Einzelstaaten spielen. Es ist wichtig darüber nachzudenken, welche Fragen sich in Polen, Deutschland, Europa in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, das allgemeine Interesse und Wohl der Menschen stellen? Kurz: wir müssen auch fragen, in welcher Weise die deutsch-polnische Wirtschaftskooperation der Verwirklichung von Gerechtigkeit und Wohlstand dient in unseren Ländern, in Europa, in der Welt.

Meine Damen und Herren, wer keine Vision hat, hat einmal ein deutscher Unternehmer gesagt, der kann weder große Hoffnungen erfüllen noch große Vorhaben verwirklichen. Insofern sind Visionen Führungsaufgaben, sie haben eine Wirkung in sich, weil sie Menschen begeistern können. Die Soziale Marktwirtschaft war nach dem Krieg im Westen Deutschlands so eine Vision, die uns Wohlstand gebracht hat. Nicht zuletzt deshalb hat sie als Begriff und Leitkonzept auch Eingang gefunden in die Polnische Verfassung. In Deutschland wird sie im nächsten Jahr im Bundestagswahlkampf bei der Antwort auf die Frage, welche Form von sozialer Gerechtigkeit wir wollen, wahrscheinlich eine entscheidende Rolle spielen.

Welche Vision haben wir heute, wenn wir auf das Jahr 2020 schauen? Welche Ordnung schwebt uns vor und wollen wir erreicht haben in 12 Jahren? Sollten wir nicht auch einen Traum haben, eine Vision von einem Europa und einer Welt geprägt von rechtstaatlicher Demokratie, von Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit? Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.